Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 300. Freitag den 27. October 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Localitäten der sogenannten großen Rathsstube bleibt dieselbe **Montag, den 30. dieses Monats**, geschlossen.

Leipzig, am 23. October 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wanckemann.

Zu der am 30. d. M., Vormittags 11 Uhr, stattfindenden feierlichen Einweihung des neuen Collegium Juridicum (Peterosstraße Nr. 19, Mittelgebäude) beehren wir uns, die Gönner, Freunde und ehemaligen wie jetzigen Schüler der Facultät ganz ergebenst einzuladen.

Leipzig, den 26. October 1882.

Die Juristenfacultät der Universität Leipzig.
Dr. Friedberg,
Decan.

Bekanntmachung.

Der Zutritt zur Galerie der Aula am 31. dieses Monats ist nur gegen Vorzeigung einer Einlaßkarte gestattet. Da der nur für Damen bestimmte Raum ein überaus beschränkter ist, so können zunächst nur die Damen der Docenten, und zwar je mit einer Karte, nach der Reihe der Anmeldung Berücksichtigung finden.

Leipzig, am 25. October 1882.

Der Rector der Universität.
Dr. Fr. Zarncke.

Erstatteter Anzeige zufolge hat die ledige Henriette Anna Fiege ihr am 30. December 1879 vom Gemeindevorstand zu Plösitz ausgestelltes Dienstbuch am 12. dss. Mts. auf dem Wege von Plagwitz nach Leipzig verloren. Im Auffindungsfalle ist dasselbe anher abzugeben.

Leipzig, am 23. October 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
J. V.
Junck, Pol.-Rath. H.

Nichtamtlicher Theil.

Der Amtsantritt des Grafen Hatzfeldt.

Am 24. October ist Graf Hatzfeldt von seinem Urlaub aus der Schweiz zurückgekehrt und hat seine Amtsgeschäfte als Staatssecretair des Auswärtigen Amts des deutschen Reichs übernommen. Eigentlich hat er sie nur wieder übernommen, denn thatsächlich versieht Graf Hatzfeldt das Amt des Staatssecretairs schon seit zwei Jahren, aber ein Unterschied besteht doch zwischen der Zeit vor und nach seiner definitiven Ernennung zu diesem wichtigen Posten. Einige Wochen vor Abschluß des zweijährigen Provisoriums wurde die Meldung verbreitet, daß Geheimer Rath Bucher ein Entlassungsgesuch eingereicht habe und als Ursache dieses Gesuchs wurde sein bevormundendes Verhältniß zu dem neuen Staatssecretair des Auswärtigen Amts genannt. Dann wurde die Nachricht dementirt, endlich wurden aber Einzelheiten über eine Unterredung berichtet, welche Herr Bucher aus Anlaß seines Abschiedsgesuchs in Varzin mit dem Fürsten Bismarck gehabt habe — er soll u. A. die Frage an den Reichskanzler gestellt haben, ob er denn im Dienst zur Ruine werden solle und Fürst Bismarck habe darauf geantwortet: „Das ist unser Aller Schicksal" — so daß über die Thatsache des Abschiedsgesuchs kein Zweifel mehr besteht. Bucher hat sich den Wünschen des Kanzlers gefügt und so ist denn durch die definitive Uebernahme der Geschäfte des Staatssecretairs seitens des Grafen Hatzfeldt in seinem unmittelbaren Geschäftskreise kein Personenwechsel eingetreten.

Der wesentliche Unterschied zwischen der amtlichen Thätigkeit des Grafen Hatzfeldt vor und nach dem 9. October tritt aber schon merklich hervor in den Personalveränderungen der Gesandtschaften. Herr von Radowitz, bisher Gesandter in Athen, ist an Stelle des Grafen Hatzfeldt zum Botschafter in Konstantinopel ernannt. Dieser Posten hat von jeher eine besondere Wichtigkeit gehabt wegen der Unsicherheit der orientalischen Verhältnisse; diese Wichtigkeit ist aber noch erhöht durch die egyptische Frage. Es ist bekannt, mit welcher Geschicklichkeit Graf Hatzfeldt seine Aufgabe als Botschafter des deutschen Reichs in Konstantinopel erfüllt hat. Ihm ist gelungen, was bisher keiner seiner Vorgänger zu erreichen vermochte: er hat den deutschen Einfluß in Konstantinopel zum maßgebenden erhoben. Deutsche Beamte wurden vom Sultan ausgewählt, um Ordnung in die zerrütteten Finanzen zu bringen und deutschen Händen wurde auch die Reorganisation des Heerwesens anvertraut. Leider wurden die Botschaftergeschäfte während des egyptischen Conflictes durch einen Geschäftsträger wahrgenommen, eine Aufgabe, welche im Vollgefühl der amtlichen Autorität, wie es einem Botschafter beiwohnt, gewiß mit größerer Sicherheit gelöst werden kann.

In derselben Lage, wie Herr v. Hirschfeld, der Vertreter des deutschen Reiches während der Conferenz, befand sich aber auch Herr Onou, der Vertreter Rußlands und vielleicht haben beide Mächte in der klaren Voraussicht, daß die Conferenz doch nichts ausrichten würde, an diesem Verhältniß nichts geändert. Die Conferenz wurde dadurch, daß zwei Großmächte zu derselben nur Geschäftsträger abordneten, eines Theiles ihrer Bedeutung entkleidet. Jetzt liegt die Sache anders; heute ist die militairische Action Englands in Egypten beendet, und wenn die Conferenz überhaupt wieder zusammentreten sollte, dann würde sie der neuen Ordnung der Dinge in Egypten die von Europa anerkannte Gestalt zu geben haben.

Daß England dieser Sachlage Rechnung trägt, zeit sein Streben, sich mit der Türkei über die Zukunft Egyptens zu verständigen. Die beste Art, das Einverständniß der Türkei für die Neugestaltung der Dinge in Egypten zu erlangen, war die Anerkennung der Souverainetät der Türkei über Egypten oder mit anderen Worten: der Tributpflicht des Vasallenstaates. Auf die Nothwendigkeit dieser Anerkennung wurde von Deutschland schon zu einer Zeit hingewiesen, da England noch nicht die Hälfte der militairischen Erfolge aufzuweisen hatte, welche ihm Mitte September die Herrschaft über ganz Egypten verschafften. Jetzt galt es, diesen Standpunct aufs Neue energisch zur Geltung zu bringen. Es kommt für die Sachlage wesentlich in Betracht, daß das staatsrechtliche Verhältniß Egyptens zur Türkei, wie es durch den Firman von 1841 regulirt ist, durch den Berliner Vertrag von 1878 bestätigt worden ist, also auch heute die Grundlage des türkischen Staatsrechtes bezüglich Egyptens bildet. Wenn also jetzt England eine Verpflichtung anerkennt, welche vom deutschen Reiche als solche im entscheidenden Momente betont wurde, so würde der Sultan sehr thöricht handeln, wollte er auf Kosten der guten Beziehungen zu Deutschland, denen er so viel verdankt, sich der Führung Englands anvertrauen. Es kann nicht fehlen, daß Graf Hatzfeldt diesen Gesichtspunct durch den neuen Botschafter am Goldenen Horn in das rechte Licht zu setzen bemüht sein wird.

Die orientalische Frage wird überhaupt für vorläufig nicht ablehbare Zeit den Brennpunct der europäischen Politik bilden. Alle Großmächte sind daran mehr oder weniger interessirt und neben der Aufmerksamkeit der Regierungen wird sie auch die der Parlamente beschäftigen. Der Amtsantritt des Grafen Hatzfeldt fällt zusammen mit der Eröffnung des englischen Parlaments, und in 14 Tagen werden auch die französischen Kammern ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Die Delegationen von Oesterreich und Ungarn kommen erst in zweiter Linie in Betracht, weil sie nur ein bestimmt begrenztes Feld ihrer Thätigkeit haben, was voraussichtlich glatt und schnell erledigt werden wird. Graf Hatzfeldt kennt den Orient aus eigener Anschauung ebenso wie sein Nachfolger in Konstantinopel, Herr v. Radowitz. Das erleichtert die Schwierigkeiten, welche die egyptische Frage bereitet und dadurch wird Fürst Bismarck in wünschenswerther Weise entlastet.

Diese Arbeitstheilung ist die wichtigste Folge der definitiven Ernennung des Grafen Hatzfeldt; der Reichskanzler gewinnt dadurch die nöthige Entlastung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, um sich den inneren Angelegenheiten zeitweise ausschließlich widmen zu können. Das wird für die nächste Zeit um so unerläßlicher sein, als die Landtagssession demnächst beginnt und alsdann der Reichstag ebenfalls einberufen wird. Die Aufgaben, welche beider Parlamente warten, sind wichtig genug und werden die ganze Kraft der Regierung schon deshalb in Anspruch nehmen, weil durch die für die Conservativen günstigen Wahlen eine durchaus neue Situation geschaffen ist. Wäre die Regierungsmehrheit durch eine liberale Mehrheit abgelöst worden, dann würde sich die Regierung voraussichtlich auf die allerdringendsten Vorlagen beschränkt haben, die Berathung des Budgets würde den größten Theil der Session ausgefüllt haben. Heute spricht man schon wieder von der Möglichkeit der wiederholten Vorlage des Verwendungsgesetzes, ein markantes Zeichen, daß an maßgebender Stelle eine veränderte Taktik bevorsteht.

Man erkennt aus diesen Andeutungen, von wie großer Tragweite die definitive Besetzung des Staatssecretariats des Auswärtigen Amtes für die gesammte Thätigkeit der Regierungsmaschinerie des deutschen Reiches und des leitenden Bundesstaates ist und die Wirkungen dieser Neugestaltung werden bald genug zu Tage treten.

Fürst Bismarck hat das Bedürfniß nach Entlastung von einem Theil seiner ungeheuren Arbeitslast seit langer Zeit sehr lebhaft empfunden und die verschiedensten Versuche gemacht, eine Stellvertretung herbeizuführen. Die bisherigen Versuche suchten die Lösung der bestehenden Schwierigkeiten durch einen Stellvertreter auf dem Gebiete der inneren Politik, mit der Ernennung des Grafen Hatzfeldt ist der umgekehrte Weg eingeschlagen: Graf Hatzfeldt ist ein bewährter Diplomat und wird die Leitung der auswärtigen Politik ohne directe Mithilfe des Reichskanzlers nach dessen Intentionen führen, also kann sich dieser mit ganzer Kraft der Ausführung seiner Lieblingspläne, d. h. der Steuerreform und der Lösung der socialen Frage widmen.

Leipzig, 27. October 1882.

In engeren politischen Kreisen ist mit besonderer Aufmerksamkeit der Eindruck beobachtet worden, welchen die neuesten Publicationen über des Fürsten Bismarck's Thätigkeit am Bundestage in der officiellen und sonstwie politisch tonangebenden Welt Oesterreich-Ungarns gemacht haben. Der letzte Band des Poschinger'schen Buches enthält Stellen, in denen der jetzige deutsche Reichskanzler sich über die Nepotenwirthschaft und Hintertreppenpolitik der damaligen Wiener Gewalthaber in der denkbar schärfsten Weise ausspricht, und es wäre deshalb nur menschlich, wenn diese Bloßlegung alter und hoffentlich vernarbter Wunden ein schmerzliches Zucken in Oesterreich hervorrufen würde. Mit um so größerer Genugthuung glaubt man in Berlin aus unzweideutigen Berichten feststellen zu sollen, daß die maßgebenden Kreise an der Donau sich von jeder Empfindlichkeit angesichts des epochemachenden Poschinger'schen Buches frei zeigen, und daß auch die Presse durchgängig sich auf den nämlichen Standpunct stellt, diese Dinge als abgethan und historisch geschlossene Acten anzusehen, die auf das gegenwärtige freundschaftliche Verhältniß der beiden Nachbarstaaten keine Einwirkung mehr zu üben vermögen. Man ist dort unbefangen genug, um zuzugeben, daß Fürst Bismarck, indem er die Erlaubniß zu jener Publication gab, keine tendenziöse Absicht gegen das heutige Oesterreich-Ungarn verfolgte.

Die „Nordd. Allg. Ztg." antwortet auf die Zurückweisung, welche in der „Neuen Preuß. Ztg." ihr Vorschlag des Zusammenwirkens mit den „Gemäßigt-Liberalen" bei der Abgeordnetenwahl gefunden; sie schreibt:

Auf die „höchst unglücklichen" Argumente, mit denen die „Kreuzzeitung" ihre Abwehr gegen das Zusammenwirken und Zusammengehen der gemäßigten Elemente im Staate begründen zu können glaubt, werden wir noch der Wahl zurückkommen. Für heute mag sie mit der Erklärung vorlieb nehmen, daß auch wir ein unbedingtes Zusammen- und Mitschießen der Conservativen von jeder anderen Parteifarbe verbieten, vielleicht sogar beförworten würden, wenn die Aussicht vorhanden wäre, daß die Conservativen für sich allein eine parlamentarische Majorität bilden werden. Diese Aussicht, die „Kreuzzeitung" weiß das sehr wohl, ist jetzt nicht vorhanden, und darum dürfen die Conservativen, wollen sie nicht ebenfalls in die reine Negation der Linken verfallen, eine Verständigung mit den zu positiven Werken bereiten und geneigten anderen Elementen der Kammer nicht nur nicht ablehnen, sondern anstreben. Nach welcher Seite dieselbe aber, wenn nicht nach der von uns angedeuteten, gefunden werden kann, ist um so zweifelloser, wenn wir z. B. gestern Abend in der „Germania" lesen, daß in Berg die Centrumspartei sich mit der fortschrittlern verbündet, weil in der dortigen conservativen Organisation horrible dicta — auch einige Herrenconservative wirksam gewesen sind. Solche Wahlpraktiken mag das Centrum mit seinem politischen Standpuncte vereinbar erachten; wirklich conservativen Männern würden wir Derartiges nie zumuthen mögen.

Die Bekanntgebung des Termins für den Zusammentritt des preußischen Landtags wird alsbald nach den Wahlmännerwahlen, spätestens in der Mitte der nächsten Woche, erwartet. Der 15. November gilt noch immer als der frühste Termin, zu welchem die Session beginnen dürfte. Die näheren Festsetzungen sind gutem Vernehmen nach bereits in dem letzten Ministerrath getroffen worden.

In der jüngst ausgegebenen Nummer des „Bildungs-Vereins", des Centralblattes für das freie Fortbildungswesen in Deutschland, wird die Aufhebung der Simultanschulen in Crefeld behandelt und dabei auseinandergesetzt, daß es sich in diesem Falle um weit mehr handele als um die Wünsche der Crefelder, denen Herr v. Gießler angeblich nachgegeben haben will. Die Crefelder Simultanschulen sind nicht lediglich durch die Bevorzugung des Systems entstanden, sondern es ist durch ihre Einrichtung eine gleichmäßige Vertheilung von Schülern und Lehrern an alle einzelnen Schulen der ausgedehnten Stadt, die Entlastung aller überfüllter Classen und, was mit das Wesentlichste ist, die Vermehrung der Classenstufen des Unterrichts und die Erhebung vom ein- und zweiclassigen System zum sechsclassigen erstrebt und erreicht worden. Alle diese Vortheile sind nun aber zu leichtwiegend befunden worden gegenüber dem Wunsche „katholischer Familienväter" nach confessioneller Sonderung aller Classen und Schulen. In diesem Wunsche vereinigen sich übrigens in Preußen bekanntlich Ultramontane und protestantische Orthodoxe. „Für die deutsche Volksschule im Allgemeinen", meint der „Bildungsverein", „ist der Fall der Crefelder Simultanschulen kaum als ein glückverheißendes Anzeichen zu betrachten. Die Vortheile derselben in Bezug auf eine allgemeine Erreichung des Lehrziels nach Maßgabe der (Fall'schen) „allgemeinen Bestimmungen" waren so groß und sind für die Zukunft so vielverheißend, daß man die Befürchtung nicht unterdrücken kann, diese „Bestimmungen" selbst möchten da nicht allzu gesichert sein, wo man jene Vortheile so gering anschlagen konnte. Das ist kein Hoffnungsstrahl für die nächste Zukunft der Schule im Allgemeinen. Was die confessionelle Seite der Maßregel anlangt, so gewinnt für den Augenblick der Lehrconventionalismus und die Orthodoxie, für die Zukunft der Radicalismus!"

* * *

In Pest hat am Mittwoch die Eröffnung der Delegationen stattgefunden. Die Reichsrathsdelegation wählte einstimmig Smolka zu ihrem Präsidenten. Das gemeinsame Budget pro 1883 weist eine Gesammtausgabe von 117,910,768 fl. auf, wovon 102,800,921 fl. auf das ordentliche und 8,774,621 fl. auf das außerordentliche Kriegsbudget entfallen. Nach Abzug der Bedeckung und des Ueberschusses der Zollgefälle verbleibt ein Gesammterforderniß von 99,991,763 fl. Das außerordentliche Erforderniß für das Occupationsheer über den Friedensetat beträgt 8,988,000 fl.

In den Kreisen der russischen Emigration wird noch immer lebhaft über den Verbleib des von Alexander Herzen hinterlassenen Fonds für die Propaganda in Rußland discutirt. Der bekannte kleinrussische Agitator Professor Tragemanow versucht neuerdings einiges Licht über diese Angelegenheit zu verbreiten und erzählt: Im Jahre 1858 kam der russische Gutsbesitzer Bachmetjeff nach London und erkundigte sich in der Tscherschewsky'schen Buchhandlung in Rupert-street nach Herzen. Er wurde zu diesem geführt und aus der Unterhaltung ergab sich, daß Bachmetjeff sich nicht mit Politik beschäftige, sondern physiologischer Studien halber nach London gekommen war. Nachdem er sich einige Zeit in der englischen Hauptstadt aufgehalten, übergab er vor der Abreise dem Herzen 30,000 Francs mit der Bedingung, daß wenn er den Betrag nicht innerhalb sechs Jahre zurückverlange, so solle derselbe zum Zweck der Propaganda in Rußland verwendet werden. Herzen deponirte das Geld bei Rothschild auf den Namen von Bachmetjeff, nach Ablauf von 6 Jahren zur Verfügung an Herzen. Der russische Gutsbesitzer ließ nichts mehr von sich hören. Im Jahre 1865 reisten Herzen und Bakunin nach der Schweiz, wo sie mit Nitschajeff bekannt wurden und Bakunin rieth dem Herzen, er möge den Fonds zum Zweck der revolutionairen Propaganda an Nitschajeff und Ogarew auszahlen; Herzen weigerte sich und bewahrte das Geld bis zu seinem Tode, und erst auf seinem Krankenbette willigte er auf einen Brief Ogarew's, in welchem dieser sich große Erfolge von Nitschajeff's Agitation versprach, darein, 10,000 Francs zur Verfügung zu stellen. Nach seinem Tode entnahm sein Sohn 25,000 Francs des Fonds von Rothschild, reiste mit Tscherneyki zu Ogarew, übergab diesem das Geld, welcher es in ihrer Gegenwart dem Nitschajeff einhändigte. Ueber das weitere Schicksal des Geldes ist nichts bekannt, da letzterer sich weigerte, irgend welche Auskunft über den Verbleib des Geldes zu geben."

Schon nach den bisher über das Attentat in Belgrad vorliegenden Nachrichten scheint es fast zweifellos, daß dasselbe mit einem revolutionairen Anschlage der großserbisch-radicalen Partei in Verbindung gestanden, wiewohl man von gewisser Seite gleich anfänglich sich bemüht, dem Ereignisse jede politische Bedeutung abzusprechen. Dabei ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß seitens der Helene Markowitsch auch Privatrache im Spiele gewesen sein mag, welche, wie es im Hinblicke auf die bereits bekannten Verhältnisse der Attentäterin ziemlich nahe liegt, die Verschwörer für ihre politischen Zwecke auszunützen verstanden. Es ist bereits festgestellt, daß Helene Markowitsch ausschließlich nur mit Anhängern der großserbisch-revolutionairen Partei verkehrte und kurz vor dem Attentate auch mehrmals Reisen nach dem Inneren des Landes unternommen, wo sie gleichfalls in der Gesellschaft bekannter Revolutionaire gesehen wurde. Die in Belgrad unmittelbar nach dem Attentate verhafteten großserbischen Parteigänger, Professor Widkowitsch und Kaufmann Tannowitsch, standen zur Attentäterin in besonders freundschaftlichen Beziehungen, ja diese hat sogar ihr gesammtes Vermögen, das sehr bedeutend, den Genannten legirt, was also jedenfalls auf eine vorher getroffene Verabredung hinweist. In dem bei den Verhafteten vorgefundenen Testamente der Helene Markowitsch soll sogar folgende bezeichnende Stelle vorkommen: „Ich hinterlasse im Falle meines Todes mein gesammtes bewegliches und unbewegliches Vermögen diesen beiden muthigen, hochherzigen Patrioten (Widkowitsch und Tannowitsch), damit sie es zur Befreiung, Größe und zum Ruhme der serbischen Nation, sowie zur Vernichtung ihrer Feinde verwenden mögen." — Bestätigt sich diese Stelle des Testaments, dann sind wohl alle Zweifel über die politische Bedeutung des Attentats und seines Zusammenhanges mit den Plänen und Absichten der serbischen Revolutionspartei beseitigt! — Nach einer Pester Depesche sollen in Semlin vier Serben verhaftet worden sein, die dort, unmittelbar nach dem Attentate in Belgrad, angekommen. Nach der Neusatzer „Zastawa" hätten im Innern Serbiens, zumal in Kragujewatz, Waljewo, Polchega und Ushitza Kundgebungen stattgefunden. Indeß wird nicht erwähnt, welcher Art diese Kundgebungen waren. Daß übrigens die Lage der Dinge in Serbien eine sehr ernste ist, geht auch aus dem Umstande hervor, daß der am serbischen Hofe beglaubigte, aber gegenwärtig auf Urlaub befindliche österreichische Gesandte, Graf Khevenhüller, vom Wiener Auswärtigen Amte den Befehl erhalten, sofort nach Belgrad zurückzukehren. — Weiter wird aus der serbischen Hauptstadt gemeldet, daß von dort der Ministerialbeamte Stojanowitsch mit zwei Polizeibeamten nach Bazias abgegangen sei. Diese Reise soll mit Nachforschungen in Zusammenhang stehen, welche die serbische Regierung auf Grund ihr im vertraulichen Wege zugegangener Mittheilungen anstellen will, die auf einen Attentatsversuch mittelst Dynamitpatronen sich bezogen, der während der projectirt gewesenen Reise des Königs Milan auf den Donau-Dampfer zwischen Orsowa und Bazias unternommen werden sollte. Endlich bringt man auch mit dem Attentate das Erscheinen mehrerer revolutionairer Flugblätter in Verbindung, die etwa acht Tage vor dem Mordversuche der Helene Markowitsch in Belgrad sowie im Inneren Serbiens von unbekannten Händen verbreitet wurden. Jene Flugblätter trugen den bekannten Stempel des südslavischen Geheimbundes „Omladina"; eines der Blätter schloß mit den Worten: „Serben! Große Ereignisse stehen Euch bevor! Seid bereit und faßt den Handschar!" (Langes, dolchartiges Messer, das im Gürtel getragen wird.)

Der Aufenthalt einer so markanten Persönlichkeit wie die des Grafen Ignatieff in Paris konnte nicht unbeachtet bleiben; vor einigen Tagen meldete man der „Nat.-Ztg." aus Paris, daß dort die Nachricht verbreitet war, Graf Ignatieff werde in Kurzem wieder Minister werden. Eine ähnliche Auffassung wird auch hier vielfach getheilt. Es wird dabei betont, daß Graf Ignatieff in Paris angelangt ist, während diese Reise in seinem Plane nicht gelegen, da er von Wien nach Italien sich begeben zu wollen erklärte, daß die Reise geheim ausgeführt worden ist und der Exminister bald nach seinem Eintreffen in Paris und später nochmals eine längere Besprechung mit dem Conseil-Präsidenten gehabt hat. Daß Rußland sich in einer unbehaglichen politisch isolirten Lage befindet, tritt gegenüber den egyptischen Vorgängen, denen es ziemlich einflußlos gegenübersteht, klar hervor. Auch in Konstantinopel herrscht gegen russische Annäherungsversuche ein wunderwindliches Mißtrauen. Graf Ignatieff wird nicht verfehlen, die bekannten Mittel in Bewegung zu setzen, mit denen man gewohnt ist, von Petersburg auf Paris einzuwirken. Aufreizungen gegen Deutschland, Versicherungen unbedingter Sympathie für die französische Nation, die in ihren alten Rang in Europa wieder eintreten müßte, Versprechungen, die Rußland nichts kosten und es zu nichts verpflichten, kurz das ganze herkömmliche Arsenal russischer Gelegenheitsdiplomatie. Daneben mag Graf Ignatieff wohl auch in Petersburg als der geeignete Mann betrachtet werden, um die Tragfähigkeit des französischen Ministerpräsidenten und seiner Beziehungen zu England, die Hoffnungen, welche die russische Politik auf ihn setzen könnte, abzuschätzen.

Der diplomatische Schriftwechsel in der egyptischen Frage ist am Mittwoch in London veröffentlicht worden. Die Depeschen erstrecken sich auf die Zeit vom 23. Juni bis 17. August d. J. und betreffen hauptsächlich die Verhandlungen über die Conferenz in Konstantinopel und die Aufforderung an die Pforte, Truppen nach Egypten zu senden. Eine Depesche Lord Granville's an den britischen Geschäftsträger in Konstantinopel, Wolsham, vom 21. Juli berichtet, daß Graf Münster ihn, Lord Granville, benachrichtigt habe, die deutsche Regierung könne nicht einwilligen, England und Frankreich ein Mandat zur Intervention in Egypten zu geben. Fürst Bismarck fürchte, diese Frage durch einen derartigen Schritt zu vergrößern und Europa in einen Krieg zwischen europäisch-christlichen Mächten und den mahamedanischen Ländern zu verwandeln. Lord Granville stellt in Abrede, daß es sich um einen Conflict zwischen Christen und Mahamedanern handele, er habe nur die moralische Unterstützung Deutschlands erlangen wollen. Graf Münster habe darauf erwidert, daß Fürst Bismarck seine moralische Unterstützung zu geben wünsche, aber nicht bis zu einem formellen Mandate gehen wolle. (Weiterhalt.)

Aus Paris wird vom 25. October gemeldet: Der Justizminister beantragte bei den Cassationshöfe, die Affaire Mentenon an einen anderen Gerichtshof zu verweisen. — Das Journal „Paris" sagt: „Die Regierung besitze alle Fäden einer großen revolutionären Organisation, welche durch Vereinsverbände über ganz Frankreich verbreitet sei, und deren leitendes Comité seinen Sitz in Genf habe." — Die „Post" meldet noch aus Paris: „Das Auftreten der Anarchisten und Revolutionaire wird immer zügelloser und wilder. Neue Dynamit-Explosionen werden aus Lyon gemeldet. Bei einer öffentlichen Volksversammlung, durch „Die revolutionaire Federation des Südostens" organisirt, erhob sich unter Anderm ein Redner, den Präsidenten der Republik sowie den anwesenden Polizeicommissar zu tödten. Diese maßlos wilden Ausbrüche der revolutionairen Leidenschaften fangen übrigens allmälig an, auch solche republikanische Blätter, die bisher in einer gewissen sarkastischen oder scherzhaften Weise jene Greuel sie besprechen haben, zu erschrecken und man billigt somit allgemein den Beschluß des Ministerraths, jene Redner aus Lyon gerichtlich zu verfolgen."

England hat in Egypten freie Hand gewonnen — das ist der eigentliche Sinn der Erklärung, welche Mr. Gladstone in der Eröffnungssitzung des Unterhauses in Betreff seiner egyptischen Politik abgab. Gladstone's Worte galten zwar zunächst dem Oppositionsführer Northcote, mögen aber eben so sehr, wenn nicht in noch höherem Grade, als an die Adresse der Allgemeinheit gerichtet, angesehen werden